

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für regionale Entwicklung

2008/2217(INI)

20.2.2009

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

zu dem Aktionsplan zur Mobilität in der Stadt
(2008/2217(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Jean Marie Beaupuy

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unterstreicht, dass eine europäische Strategie für eine nachhaltige Mobilität in der Stadt unbedingt erforderlich ist, damit die Europäische Union in der Lage ist, ihr Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu senken, zu erreichen; bedauert das Zögern der Kommission, ihren ursprünglich für Ende 2008 vorgesehenen Aktionsplan zu veröffentlichen;
2. ist der Meinung, dass das städtebauliche Leitbild der Stadt der kurzen Wege am besten geeignet ist, umwelt- und klimaverträgliche Mobilität in den Städten zu ermöglichen;
3. weist darauf hin, dass für den städtischen Nahverkehr das Subsidiaritätsprinzip gilt, betont jedoch, dass sich die Kommunalverwaltungen ohne Zusammenarbeit und Koordinierung auf europäischer Ebene diesen Herausforderungen oft nicht stellen können und die Kommission somit Studien durchführen, einen Rechtsrahmen schaffen, entsprechende Forschungstätigkeiten finanzieren sowie bewährte Verfahren nach allgemein zugänglichen Kriterien in allen Amtssprachen der EU fördern und verbreiten muss; fordert die Kommission auf, eine Zusammenstellung der verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften in diesem Bereich zu veröffentlichen und den Regionen und Städten gemeinsame Referenzrahmen vorzuschlagen, die ihnen die Entscheidungsfindung bei der Planung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien erleichtern;
4. vertritt die Auffassung, dass das Konzept der städtischen Mobilität auch die Schaffung interurbaner Netze umfassen sollte, die die Verbindung großer Städte untereinander, ihre wirtschaftliche Entwicklung, einen reibungslosen und zügigen Personen- und Warenverkehr und die Förderung des Fremdenverkehrs ermöglichen;
5. fordert, den Grundsatz des integrierten Ansatzes im Rahmen eines partnerschaftlichen staatlichen Handelns zu fördern, bei dem die nationalen und europäischen Akteure auf der Ebene der Städte und des Umlandes einbezogen und weitere den Verkehr betreffende Themenbereiche berücksichtigt werden: soziale Integration, Lärm, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt usw.; fordert erneut, dass bei der Planung und Auswahl der Vorhaben im Rahmen der Strukturfonds verpflichtend ein integrierter Ansatz zur Anwendung kommen sollte;
6. bedauert, dass in der laufenden Förderperiode 2007-2013 nur rund 9 % (entspricht EUR 8 000 000 000) aller Strukturfondsmittel, die für Verkehr verausgabt werden (entspricht EUR 82 000 000 000), für den städtischen Verkehr vorgesehen sind; erachtet diesen Anteil als zu gering, um den Herausforderungen für angemessene Mobilität in den europäischen Städten sowie für Umwelt- und Klimaschutz begegnen zu können;
7. stellt fest, dass im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms Strukturfondsmittel für nachhaltige Infrastrukturprojekte vorgezogen werden; fordert die Mitgliedstaaten und Regionen dringend auf, einen wichtigen Teil dieser Mittel für klimaverträglichen

städtischen Verkehr einzusetzen;

8. fordert die Kommission auf, Instrumente zu entwickeln, welche die Verwirklichung und Bewertung einer integrierten Politik für einen nachhaltigen städtischen Nahverkehr erleichtern, insbesondere:
 - Unterstützung der Mitgliedstaaten und der Städte dabei, die Nachhaltigkeit in der Raumplanung und die Verkehrsplanung in der Stadt und im Umland zu verbessern, vor allem indem Verkehrs-/Mobilitätskonzepte erstellt werden; fordert in diesem Zusammenhang die Wirtschaftsakteure auf, mit Hilfe von Mobilitätskonzepten für Betriebe uneingeschränkt an dieser Strategie mitzuwirken;
 - Erleichterung der Umsetzung des integrierten Ansatzes und des partnerschaftlichen staatlichen Handelns, indem Leitlinien für die Akteure vor Ort erstellt und Studien durchgeführt werden, aus denen die Kosten eines nicht-integrierten Ansatzes hervorgehen;
 - Festlegung einschlägiger, harmonisierter Indikatoren und Erstellung einer Übersicht („Scoreboard“) über den städtischen Nahverkehr, anhand derer sich die Städte im Vergleich bewerten lassen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	12.2.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 45 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Emmanouil Angelakas, Stavros Arnautakis, Elspeth Attwooll, Rolf Berend, Victor Boștinaru, Wolfgang Bulfon, Giorgio Carollo, Bairbre de Brún, Gerardo Galeote, Iratxe García Pérez, Monica Giuntini, Ambroise Guellec, Pedro Guerreiro, Gábor Harangozó, Filiz Hakaeva Hyusmenova, Mieczysław Edmund Janowski, Gisela Kallenbach, Evgeni Kirilov, Miloš Koterec, Constanze Angela Krehl, Florencio Luque Aguilar, Jamila Madeira, Iosif Matula, Miroslav Mikolášik, Maria Petre, Markus Pieper, Giovanni Robusti, Wojciech Roszkowski, Bernard Soulage, Catherine Stihler, Margie Sudre, Lambert van Nistelrooij, Oldřich Vlasák
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Emanuel Jardim Fernandes, Stanisław Jałowiecki, Zita Pleštinská, Samuli Pohjamo, Christa Prets, Flaviu Călin Rus, Richard Seeber, László Surján, Iuliu Winkler
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Wolf Klinz, Sepp Kusstatscher, Toine Manders